

Die Presse bedarf der sittlichen Ordnung

Eine Betrachtung der aktuellen Ereignisse von Jan Hofberg

In der Verfassungslehre gehört die dreisäulige Gewaltenteilung des Staates in Legislative, Exekutive und Judikative zum Fundament der juristischen Ausbildung. Hin und wieder spricht man in diesem Zusammenhang von einer vierten Säule - die der Medien. Ihr wesentliches Existenzrecht entspringt nicht nur aus dem Informationsbedürfnis der Menschen, sondern aus dem grundgesetzlich verbrieften Recht der Pressefreiheit.

Die Unabhängigkeit der Medien ist für eine lebendige und wehrhafte Demokratie unverzichtbar. Ihre Funktion liegt nicht nur in der Informationsbereitstellung, sondern sie soll zu den verschiedensten Problemstellungen von Politik und Lebenswirklichkeit die einzelnen Aspekte, die für und gegen eine Maßnahme oder Entscheidung stehen, herausarbeiten und dem Publikum zur Bewertung bewusst vor Augen führen. Gleichwohl war und ist es die Funktion der Medien auch mögliches Missmanagement oder gar Machtmissbrauch der politischen Klasse aufzuzeigen. In der Erwartung auf eine möglichst breite und objektive Sachdarstellung, soll dann sowohl die Opposition als auch der Souverän – das Volk – die Möglichkeit haben, Änderungen zu fordern, Regierungen in ihrem Auftrag zu bestätigen oder Macht zu entziehen. Hier wird deutlich, dass die Medien eine Demokratie- und staatstragende Funktion wahrnehmen. Eine Funktion, die aber genauso wie die die Politik selbst einer sittlichen und moralischen Grundlage bedarf.

McKinsey, Diwell, Tagesspiegel und B.Z.

Am Vormittag des 16. März 2016 durfte man im Tagesspiegel mit der Überschrift „Opposition sieht ‚roten Filz‘ im Berliner Senat“ den Vorgang rund um die Beauftragung von McKinsey im Zusammenhang der Flüchtlingsbewältigung – insbesondere zum Masterplan für Integration und Sicherheit verfolgen. Nüchtern betrachtet vergab die Senatskanzlei unter der Ausschreibungsgrenze von 240.000 € einen Auftrag an McKinsey, um bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation zu unterschützen. Eine Form der externen Beratung, die viele Medien und die

gesamte Parteienlandschaft in Anbetracht einer der größten Drucksituationen auf die Hauptstadt selbst forderten. Der Hauptvorwurf von Tagesspiegel und später B.Z. konzentrierte sich hier insbesondere auf die Inanspruchnahme des Ex-Staatssekretärs Diwell (SPD) durch McKinsey selbst, die dem Regierenden Bürgermeister als parteiinterne Bevorzugung ausgelegt wurde.

Worin liegt aber eigentlich das Problem? Es ist wohl gesellschaftlicher Konsens, dass Personen, die Spitzenämter innehatten, einen gewissen Zeitraum abwarten, bis sie mit der in ihrem Amt verbundenen Expertise Geld verdienen. Lutz Diwell war vor weit über zehn Jahren Berliner Staatssekretär unter Körting. Das McKinsey auf ihn als einen von mehreren Beratern, als anerkannten Fachmann der Innenpolitik und des Asylrechtes mit guten Kenntnissen über die Berliner Verwaltung, zurückgreift, ist logisch wie nachvollziehbar. Wenn also am Ende nur das Parteibuch als Kritikpunkt bleibt, fragt man sich, wie wäre denn die Berichterstattung gewesen, wäre es unter gleicher Qualifikation ein Christdemokrat oder Grüner gewesen. „Müller kauft sich Koalitionspartner für nächste Legislatur?“

Sicher, man kann kritisch hinterfragen, ob McKinsey für diese Form der freihändigen Vergabe wirklich geeignet war. Vielleicht kann man auch die Qualifikation des einen oder anderen Beraters hinterfragen. Man kann auch kritisieren, dass der Chef der Senatskanzlei etwas zu spät den Hauptausschuss über die Auftragsvergabe informierte, was er einräumt. Skandalös oder gar ungesetzlich ist nichts davon.

Weder Tagesspiegel noch die B.Z. kamen einen Moment auf den Gedanken, dass Diwell einfach aus einem fachlichen Bezug engagiert wurde. Vielmehr sind beide auf der Welle der Vorurteile gesurft, getreu dem Motto: Naja zwischen Verwaltung und Politik wird eh immer ein bisschen getrickst und gemaschelt. Mit substanziellem Journalismus hat dies alles wenig zu tun. Allein die Berliner Zeitung hat sich mit Augenmaß in Zurückhaltung geübt und die Regel befolgt: Sachaufklärung geht der Tatsachenbehauptung vor.

CDU im Wahlkampf und B.Z. deckt auf

Diesen ganzen Vorgang zum kabarettistischen Kunststück machten dann die Einlassungen des stellv. CDU-Fraktionsvorsitzenden Stefan Evers und der ehemaligen Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast. Während Künast per Ferndiagnose

aus dem warmen Sitz des Bundestages, den sie der Oppositionsbank im Abgeordnetenhaus vorzog, gleich mal die Vorstufe zur Korruption unterstellte, entwickelte Evers insbesondere mit der B.Z. ein PingPong-Spiel der dramatischen Zuspitzung über seinen Facebook-Account.

Stefan Evers, dem in der CDU die Rolle des auf Müller persönlich angesetzten Bluthundes angedacht wurde und der Henkel beerben will, verhedderte sich dabei in plumpen Wahlkampfreflexen mit betonter Betroffenheit.

Die Kurve der Dramatik begann mit dem erweckten Eindruck, die 238.000 Euro Honorar gingen komplett an Lutz Diwell. Eine Bezahlung, „von der jeder Staatssekretär nur träumen könne“, so Evers. Tatsächlich bekam dieser nur einen Bruchteil. Der CDU-Politiker warf dem Regierenden Bürgermeister später vor, den Überblick über das eigene Haus verloren zu haben. Tatsächlich verlor Evers diesen selbst wie auch die B.Z. In schon harmonischer Eintracht erklärten am 22. März 2016 B.Z. und Evers die Inanspruchnahme von Medienanwalt Schertz als Politik-Posse. Ganz unabhängig davon, dass fast alle Landes- und Bundesministerien sich auch teilweise extern juristisch beraten lassen. Evers warf dabei Star-Allüren vor die selbst Wowereit nicht hatte. Dass auch dieser auf Schertz zurückgriff, übersah er ebenfalls großzügig.

Bereits einen Tag später setzte die B.Z. in gleicher schon niedergeschriebener Angelegenheit nach: „B.Z. deckt auf: Geheimer Berater-Vertrag aufgetaucht“. Eben jene Inanspruchnahme von Schertz, die einen Tag zuvor noch Politik-Posse war.

Ein Skandal ohne Substanz, aber mit echtem Schaden für die Stadt

Niemand muss einer Regierung kritikfrei gegenüberstehen, aber in einer Zeit in der viele voller Sorgen und Zweifel sind, bedarf es einer Medienlandschaft, die mit Sorgfalt und Augenmaß Aufklärung betreibt. Wir brauchen freie und kritische Medien, aber welche, in denen der Anspruch herrscht, dem öffentlichen Wohl zu dienen.

Natürlich, ganz gleich ob SPD, CDU oder welche Farbe auch immer, wird man während Wahlkampfzeiten versuchen, dem anderen Imagekratzer hinzuzufügen. Wenn wir aber anfangen, völlig normale Vorgänge oder Maßnahmen der Notwendigkeit zu skandalisieren, wird es keiner demokratischen Partei etwas bringen. Noch nie stand die Fehlleistung

eines anderen für die eigene geborene Qualität. Die Menschen merken das und die aktuellen Umfragen, in denen die AfD zulegt, macht es deutlich.

Legt man die Berichterstattung der letzten Tage und Wochen zu Grunde, ergibt sich für jeden, der fachliche Qualitäten einbringen kann, aber den „Makel“ der parteilichen Gebundenheit mitbringt oder ein öffentliches Amt inne hatte, sich aus öffentlichen Belangen fernzuhalten. Das Gleiche gilt für Unternehmen und McKinsey hat daraus seine Schlussfolgerung gezogen. Teile von Medien und Politik haben sich der substanzlosen Hysterie ergeben und der Stadt schweren Schaden zugefügt.

Jeder unserer Chefredakteure und Redakteure sollte sich folgende Fragen stellen: Warum sind sie eigentlich Journalist geworden? Was ist ihr Auftrag, ob per Verfassung oder aufgrund des inneren Anspruchs?

Am Ende muss man sich mit dem abfinden, wie Helmut Schmidt es einst inhaltlich beschrieb: „Politiker und Journalisten. Das sind beides Kategorien von Menschen, denen gegenüber größte Vorsicht geboten ist: Denn beide reichen vom Staatsmann bis zum Delinquenten. Und der Durchschnitt bleibt Durchschnitt.“